

## **1978 - Panzos, Spanische Botschaft, San Francisco, Dos Erres, Xaman ...**

### **2001 - Politische Morde, Menschenrechtsverletzungen, Straf- freiheit ...**

#### **Veranstaltungen zum Geden- ken an das Massaker in der spanischen Botschaft**

(31.1.2001) Unter Rufen "Gerechtigkeit und Verurteilung der Massaker" demonstrierten in der Hauptstadt gute 200 MenschenrechtsaktivistInnen mit der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú an der Spitze mit einem Marsch vom "Plaza de España" zum ehemaligen Sitz der spanischen Botschaft in der Zona 9 zum Gedenken an das vor genau 21 Jahren von der Nationalpolizei verübte Massaker an 39 Menschen.

In den Flammen der Brandbomben starb damals eine Gruppe gegen die Unterdrückung im Quiché protestierender Campesin@s, solidarische ArbeiterInnen und StudentInnen, ein Ex-Regierungsfunktionär und spanische Botschaftsangehörige. Rigoberta Menchú von der gleichnamigen Stiftung und ihre Mitstreiterin Rosalina Tuyuc von der Nationalen Witwenkoordination (CONAVIGUA) enthüllten am Ort des Geschehens ein Denkmal und überreichten danach an den derzeitigen Botschafter Spaniens, Víctor Fagilde, eine Petition.

Rigoberta Menchú, deren Vater Vicente Menchú bei diesem Massaker auch ermordet wurde, teilte mit, dass der Botschafter in dem Schreiben gebeten wird, sich für eine Untersuchung des Massakers einzusetzen. Auch das Komitee für BäuerInneneinheit (CUC) forderte den Obersten Gerichtshof auf, endlich die Gesuche zu bearbeiten, die die Genozidopfer eingereicht haben zur Anklage verschiedener Militärs wegen deren Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Krieges.

Rafael González, Koordinator vom CUC, sagte, dass das Verbrechen in der spanischen Botschaft immer noch ungesühnt sei trotz der vielen juristischen Eingaben, und betonte, dass die Ermordeten ihr Leben gegeben hätten für ein gerechtes Anliegen.

Die Verantwortlichen des Massakers, nicht nur die Täter, sondern auch die intellektuellen Drahtzieher, müssten verurteilt und bestraft und die Angehörigen der Opfer entschädigt werden.

Nur so könne Gerechtigkeit geschaffen und die Empfehlungen der offiziellen Kommission zur historischen Aufklärung der Kriegsgräuere (CEH) umgesetzt werden.

#### **Internationale Gemeinschaft unterstützt weiterhin den Friedensprozess**

Beim traditionellen Neujahrsempfang am 19.1. beim Präsidenten der Republik wiederholte die Internationale Gemeinschaft ihre Bereitschaft, dem Friedensprozess weiterhin den Rücken zu stärken und die Regierung bei dessen Konsolidierung zu unterstützen.

Monseñor Ramiro Moliner, als Ältester und Redner i.A. des Diplomatischen Corps, betonte, dass die Friedensverträge und deren neues Zeitprogramm umgesetzt werden müssten. Er hob dabei hervor, dass die Bekämpfung der Armut eine der größten Herausforderungen sei.

Bezugnehmend auf die mit Besorgnis beobachteten Spannungen zwischen Guatemala und Belize aufgrund der streitigen Grenzziehung, formulierte er: "Wohl wissend um die friedfertige Haltung von Guatemala, hoffen wir, dass sich dieses Problem mittels eines weisen und geduldigen Dialogs erübrigt."

---

#### **Kriegsgefahr mit Belize gebannt**

(25.01.2001) Said Musa, Regierungschef von Belize, gab im Rahmen einer Pressekonferenz zusammen mit dem Oppositionsführer Dean Barrow zu, wobei er sich auf den militärischen Geheimdienst der ehemaligen britischen Kolonie stützte, dass Belize zu Beginn des Monats am Rande eines Krieges mit Guatemala gestanden hätte. Nach der Drohung vom 3. Januar, Belize wolle 221 guatemaltekeische Campesin@s von seinem Territorium vertreiben, hätten sich dermaßen die Spannungen verschärft, dass er von diesem Plan Abstand genommen hätte. Musa zeigte sich zufrieden mit der Vertragsunterzeichnung vom 18. des Monats in Miami, vertrauensbildende Maßnahmen zwischen beiden Ländern auf den Weg zu bringen.

## URNG verspricht, ANN zu stärken

(23.1.2001) Angesichts öffentlich kursierender Informationen bezüglich des Zusammenhalts der Partei "Allianz Neue Nation" (ANN) und der internen Zustände ihrer Einzelparteien und politischen Gruppierungen bekräftigte die URNG in einer Verlautbarung ihres Exekutivkomitees ihren überzeugten Willen, weiterhin zum Aufbau, zur Stärkung und Erweiterung der ANN beizutragen.

Ebenso werde sie ihrer Verpflichtung weiterhin nachkommen, die Inhalte des Regierungsprogramms der ANN für Frieden, Entwicklung und Demokratie zu perfektionieren und zu vertiefen,

ebenso die parlamentarischen Aktivitäten zu unterstützen und für eine bessere Regierungsbeteiligung auf kommunaler Ebene mit zu sorgen.

Die URNG bekräftigte mit Nachdruck, "das Projekt der Neuen Nation, welches die Parteien und politischen Strömungen, die die ANN bilden, auf den Weg gebracht haben, hat weiterhin Bestand und Perspektive trotz der Schwierigkeiten und Defizite, die wir gehabt haben. Wir bestätigen unseren Willen, alles Notwendige zur Konsolidierung dieses Projekts beizutragen".

Die URNG erinnerte daran, dass sie die Entscheidung vom vergangenen

Oktober von Alvaro Colom - ehemaliger Präsidentschaftskandidat der ANN - sich von der Allianz zu trennen, respektierte, und ergänzte, dass sie die Arbeit von Colom mit anderen politischen Strömungen als wichtig betrachtete, bis hin zu der Möglichkeit, dass sich diese in der Bildung einer neuen Partei artikulierten. Das würde die verschiedenen bestehenden und die in Gründung sich befindenden politisch demokratischen Kräfte in ihrem Bemühen stärken, eine wirkliche, partizipative und multi-kulturelle Demokratie aufzubauen.

## Gründung einer Sozialdemokratischen Konvergenz-Partei

Am 24.1. stellte sich das Gründungskomitee einer neuen Partei vor: Convergencia Social Demócrata (CSD).

Diese ist ein Sammelbecken von Sozialchristlichen, Sozial- und Freien DemokratInnen. Die RednerInnen der neuen politischen Option bezogen sich in ihren Referaten auf die Epoche des "Demokratischen Frühlings von 1944 bis 1954" und schmückten ihre Beiträge mit Zitaten von Juan José Arévalo und Otto René Castillo.

Enrique de Leon Asturias, Generalsekretär des Komitees, drückte den Entstehungsgrund für die CSD so aus: "In unseren Augen ist Guatemala ganz und gar fragmentiert und die politischen Parteien vertreten nicht die Interessen der Bevölkerung." Es sei notwendig, die Zivilgesellschaft zu stärken, damit sie in der Lage sei, die politische Gewalt zu kontrollieren. Héctor Loaiza, ein weiterer Komiteesekretär, fügte hinzu, die CSD verstehe sich als pluralistisch demokratische Partei.

An dieser Veranstaltung nahmen ca. 150 Personen teil, AkademikerInnen, DiplomatInnen und ExRegierungsvertreterInnen.

Dabei stachen besonders die Botschafter von Argentinien und Spanien hervor, wie auch VertreterInnen deutscher und nordamerikanischer Institutionen; auch die ehemaligen PräsidentschaftskandidatInnen Catalina Sobranis und José Á. Lee und der ANN-Abgeordnete Alfonso Bauer fehlten nicht.

## Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Die Kinderhilfsorganisation Casa Alianza und die Stiftung Menchú reichten eine Verfassungsklage gegen den Kongress ein, weil dieser im Zusammenhang mit dem Kinder- und Jugendschutzgesetz seine Macht missbraucht, die Einführung desselben im März 2000 ausgesetzt, womit er die einschlägige UNO-Konvention umgangen habe.

Die beiden Organisationen erklärten, daß Ex-Präsident Arzú eine Gesetzesvorlage gemacht hatte, die 1996 vom Kongress angenommen wurde, nachdem fast acht Jahre lang versucht worden war, darüber zu einem Konsens zu gelangen. Trotzdem wurde das Gesetz für ein Jahr wieder aufgehoben, mit dem Argument der noch ausstehenden Veränderungen im neuen Jugendrecht.

Dann kamen die Wahlen und das dadurch politisierte Gesetz blieb weiter-

hin außer Kraft. Unter der Regierung von Portillo wurde es dann endgültig gekippt.

Das Verfassungsgericht nahm die Klage entgegen und muss nun entscheiden, ob der Kongress das Inkrafttreten oder die Aufhebung des Gesetzes bestimmen soll.

Formal gesehen kann Guatemala das Gesetz nicht aufheben, weil es sich mit der UNO-Konvention verpflichtet hat, die eigene Gesetzgebung zu überarbeiten, so die Erklärung der beiden Kläger.

"Mit dieser Maßnahme versuchen wir, den Kongress zu zwingen, die Verantwortung für das Wohlergehen von mehr als der Hälfte der Bevölkerung Guatemalas, nämlich der Kinder und Jugendlichen, zu übernehmen", erklärte Arturo Echeverría von Casa Alianza.

## Gewalt in der Familie

Die Frauenrechtsstelle bei der Staatsanwaltschaft (MP) der Provinz Guatemala registrierte im Jahr 2000 7.760 Fälle innerfamiliärer Gewalt, mehr als 5.000 davon gegen Frauen und Kinder gerichtet.

1999 waren es nur 3.315 Fälle, erklärte Giovanna Lemus von der Frauengruppe GGM.

Vor über einem Jahr wurde die erste Kampagne gegen Gewalt in der Fa-

milie gestartet. MP koordinierte sie, aber die Möglichkeiten, den Frauen Fürsorge und Hilfe zukommen zu lassen, seien beschränkt, ergänzte Lemus.

Eine Schwäche sei die fehlende institutionenübergreifende Kooperation, um darüber aufzuklären und das Gesetz anzuwenden, das dieser Geißel vorbeuge, sie unter Strafe stelle und ausmerze.

## Bittere Jahresbilanz zur Menschenrechtssituation

Amtsmissbrauch und Verstöße gegen das Recht auf Sicherheit durch die Polizeikräfte, die Ineffizienz der Regierung bei der Abmilderung oder Verhinderung der ansteigenden Gewalt und Verbrechensrate sowie der Fälle von gewaltsamem Verschwinden und Lynchjustiz, all das führt dazu, dass im Jahr 2000 das am häufigsten verletzte Recht das auf die individuelle Sicherheit war. So beschreibt der Menschenrechtsprokurator Julio Arango die Lage in Guatemala in seinem Jahresbericht zur Lage der Grundrechte, den er Ende Januar dem Parlament vorstellte.

Das Dokument betont, dass von den 18.323 eingegangenen Beschwerden 51 % Klagen über Verstöße gegen die Rechte des Individuums waren, die in erster Linie von Beamten der 1997 mit Friedensschluss "neu" gegründeten zivilen Nationalpolizei PNC begangen wurden.

Im Verlauf des vergangenen Jahres registrierte der Menschenrechtsprokurator darüber hinaus zehn Fälle von gewaltsamem Verschwinden, von denen er bei mehreren politische Hintergründe vermutet.

Auch die Überfälle und Diebstähle, die gegen mehrere Sitze von Organisationen der Zivilgesellschaft oder von Parteien verübt wurden, führt er auf den Versuch politischer Repression zurück.

Besorgniserregend sei dabei, dass die Prozentzahl der Beschwerden in diesem Bereich gegenüber dem Vorjahr um vier Prozent gestiegen sei, so Arango.

In dem Bericht heisst es weiter, der permanente Missbrauch gegen das Bedürfnis nach Sicherheit, gegen das Leben und die Integrität der Personen zeige, dass noch immer nicht die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen für die Entwicklung einer Strategie für eine gesicherte Demokratie geschaffen seien.

Zuletzt mahnt der Bericht Rechtsverstöße in 36 Gerichtsverfahren und den Verstoß gegen die Grundrechte von Gefängnisinsassen an.

Der Menschenrechtsprokurator hatte am 19. Januar, nur wenige Tage vor Bekanntgabe seines Berichtes, selbst öffentlich gemacht, dass er so wie seine Frau und Kinder seit mehreren Monaten von Angehörigen der zivilen Nationalpolizei PNC telefonisch bedroht werde.

Als Grund vermutet er seine Resolutionen gegen Amtsmissbrauch und Fälle von illegalen Festnahmen durch die PNC.

Beispielhaft für die Willkür der Polizei steht der Mord am ehemaligen ORPA-Guerilla-Kämpfer Jacobo Cruz García Miranda in der Nähe des Wei-

lers Alameda der Finca Nahuatancillo beim Ort El Tumbador in der Provinz San Marcos mit Schüssen und Machehieben am 17. Januar.

Nach Angaben von Polizeikommissar Hector García Muñoz wurde der 34jährige Student von den Großgrundbesitzern und Händlern der Region als Anführer einer Räuberbande beschuldigt.

Die Polizei habe Jacobo Cruz in dem Moment überfallen, als dieser wegen der illegalen Überwachung eine Beschwerde gegen die Sicherheitskräfte anzeigen wollte. Auch andere DorfbewohnerInnen machen nach Angaben des örtlichen Vertreters des Menschenrechtsprokurats die Polizei für die Urhebererschaft des Verbrechens verantwortlich.

Auf ihre regierungskritische Berichterstattung führen JournalistInnen eines regionalen Nachrichtensenders im Department Zacapa die Tatsache zurück, dass sie seit mehreren Monaten Todesdrohungen erhalten.

Im Kontext zunehmender politischer Repression könnte ein Überfall auf die Partei DIA, Bündnispartei der ANN bei den vergangenen Wahlen, gesehen werden. Bei einem Einbruch in ihrem Parteisitz in der Hauptstadt wurde hauptsächlich die Büroausstattung entwendet.

### ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:  
Verein ¡Fijáte!  
2502 Biel  
PC: 30-516068-6  
Redaktion und Abos:  
¡Fijáte!  
c/o Barbara Müller  
Ankerstrasse 16  
8004 Zürich  
Tel. 01/ 241 44 43  
E-Mail:  
barbara-m@bluewin.ch  
Jahresabo: 100.- Fr.  
Auslandabo: 120.- Fr.  
Förderabo: ab 200.- Fr.**

**Erscheinungsweise vierzehntäglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

## Lebendige Vergangenheit

Am 22.1.01 erklärte Petrona Meletz von der Witwenorganisation CO-NAVIGUA, dass ehemalige Mitglieder der theoretisch längst aufgelösten sogenannten "Zivilpatrouillen" (PAC) immer noch Waffen besäßen und häufig für Verbrechen benutzen würden. So habe eine aufgebrachte Menge von 2000 Menschen, die in der Gemeinde San Pedro Carchá, Alta Verapaz, den vermutlichen Anführer einer Verbrecherbande festsetzte, bei diesem neun Geheire aus PAC- Beständen gefunden.

Die Leute hätten es vorgezogen, die Waffen nicht dem örtlichen Militärhauptmann zu übergeben, sondern sie zu verbrennen.

Auch Carmen Aída Ibarra von der Stiftung Myrna Mack kritisierte, dass sich das Militär nicht an die Abmachung der Friedensabkommen gehalten und die Waffen nicht eingezogen habe. Laut

Meletz untermauert diese Situation den Terror und das Klima der Unsicherheit auf dem Land, während sich die ehemaligen PAC-Mitglieder gleichzeitig durch die jetzige Regierung geschützt fühlen können.

Im Ort San Martín Jilotepeque, Department Chimaltenango, fanden unterdessen Archäologen bei der Ausgrabung geheimer Friedhöfe heraus, dass einige davon geschändet wurden und Leichenteile von 21 Menschen in andere Gräber verschleppt wurden.

Die Stiftung für gerichtsmedizinische Archäologie FAFG erklärte, dass so Spuren verwischt werden sollten. Die Nachrichtenagentur AP meldet nach Zeugenaussagen, der dortige Militärstützpunkt, 1986 aufgegeben, sei drei Jahre später "gesäubert" worden.

## Bischofskonferenz kritisiert Untätigkeit der Politiker

Im Schlussdokument der Jahresversammlung der Bischofskonferenz, die vom 22.-27. Januar stattfand, kritisieren die Bischöfe einmal mehr die stark anwachsende Armut in Guatemala. Jeder Versuch einer Besserung der Lage werde durch die Korruption und das schwache Justizwesen zunichte gemacht. Ihr Unverständnis äußert die Konferenz über die Kürzungen im Staatshaushalt ausgerechnet in den Bereichen Bildung und Gesundheit, sowie bei den Posten für das Verfassungsgericht und andere wichtige Institutionen für die Bevölkerung Guatemalas.

Bestürzt zeigt sie sich über Pläne zur Anhebung der Mehrwertsteuer, die die Armen besonders schwer trifft.

Bezüglich des Kinder- und Jugendschutzgesetzes erinnern die Bischöfe das Parlament, dass immer noch ein fertiger Entwurf als Ergebnis eines breiten gesellschaftlichen Konsenses in der Schublade ruht.

Dieser schaffe Klarheit und solide Grundlagen, die mit den in der Generalkonvention zu diesem Thema beschlossenen Grundsätzen übereinstimmen, welche sowohl die Regierung als auch das Parlament anerkannt hat.

Die Abgeordneten werden aufgefordert, den Forderungen ihrer WählerInnen nachzukommen, den Entwurf zu prüfen und das Gesetz zu verabschieden.

Zuletzt äußert die Konferenz, auf der die Bischöfe den Diözesen einen "von den objektiv herrschenden Verhältnissen in Guatemala ausgehenden" globalen Plan zur pastoralen Arbeit in den kommenden sechs Jahren vorstellten, Zufriedenheit über die Nachricht vom Prozessbeginn des Mordes an Bischof Gerardi und fordert alle Beteiligten auf, sich der uneingeschränkten Suche nach der Wahrheit zu verpflichten.

## Mädchenhandel

(25.01.) Zwölf Mädchen im Alter von 13 bis 17 Jahren wurden von Casa Alianza aus Bordellen in Mexico befreit. Die Rechtsabteilung dieser Organisation hatte Ende letzten Jahres eine Untersuchung angefertigt über den Mädchenhandel von Guatemala nach Mexico, wohin die Mädchen zu einem Preis von 100\$ bis 200\$ verkauft werden, um dort sexuell ausgebeutet zu werden. Obwohl die Informationen mit den Adressen einiger Bordelle und konkreten Hinweisen auf zwei Mädchenhändler sowohl der mexikanischen als auch der guatemalteken Generalstaatsanwaltschaft zugänglich gemacht wurden, seien von den Behörden noch keine Untersuchungen eingeleitet worden.

Bruce Harris, der Direktor von Casa Alianza, erklärte, dass der Handel mit Kindern zur sexuellen Ausbeutung sich zu einem großen Problem innerhalb der armen Bevölkerungsschichten auswachse und die Regierungen nicht mit der nötigen Schnelligkeit reagierten.

## Müttersterblichkeit

(26.01.) Die fehlende Entscheidungsfreiheit der Frau über ihre Fortpflanzung, die fehlende Bildung und Sexualaufklärung, sowie geringe Zugangsmöglichkeiten zu Gesundheitsmaßnahmen sind Folgen der Ungleichbehandlung der Frauen, berichtete Rosalina Tuyuc von der Witwenorganisation CONAVIGUA.

Fehlende ökonomische, soziale und kulturelle Initiativen der Politik zur Förderung der integralen Entwicklung der Frau seien Schuld daran, dass die Müttersterblichkeitsrate in den ländlichen Gebieten immer mehr zunehme.

Die meisten Frauen auf dem Land hätten durchschnittlich zehn Kinder mit einem Altersunterschied von 9 bis maximal 18 Monaten; die Programme zur Familienplanung würden aus religiösen Gründen und aus Angst vor Sanktionen seitens der Männer nicht angenommen.

Tuyuc ergänzte, es sei nichts Aussergewöhnliches, ein 14jähriges Mädchen im 7. Monat schwanger zu sehen, und schrieb das den fehlenden Aufklärungsprogrammen und dem ungenügenden Gesundheitssystem zu.

Laut der im Jahr 2000 veröffentlichten Untersuchung zur Situation von Müttern und deren Kindern könnte der Tod vieler Frauen verhindert werden: Die statistischen Daten zeigen, dass 40% der Frauen an Blutungen während und nach der Geburt sterben, 21% durch Komplikationen bei einer Abtreibung und 39% an Infektionen.

In diesem Zusammenhang erwähnte Thelma Duarte von APROFAM, dass sie im vergangenen Jahr von mehr als 700.000 Frauen aufgesucht worden seien, von denen 42% Informationen zu Geburtenkontrolle und Verhütungsmethoden erbaten, obwohl dieses Thema in der guatemalteken Gesellschaft als Tabu gehandelt werde.

Das Gesundheitsministerium reagierte am 26. 01. auf diese Vorwürfe mit einer Veröffentlichung seiner Pläne zur Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit.

Teil des Gesundheitsprogramms seien permanente spezielle Kampagnen zur Bekämpfung der Krankheiten und der Sterblichkeitsrate von Frauen, wofür es notwendig sei, gy-

näkologische Behandlungsmöglichkeiten flächendeckender anzubieten.

Eingeschlossen seien auch Verbesserungsvorschläge für die Akzeptanz von Familienplanung, die z.B.

beinhalten, den Müttern die ideale Anzahl von Kindern nahe zu bringen und Jugendliche dahingehend zu beraten, dass sie frühestens mit 21 Jahren den Nachwuchs planen.

## Finca El Tablero endlich an die Campesinas/os übergeben!

(9.01.) Wie die Tageszeitung Prensa Libre berichtete, ist nach fünfjährigem Kampf mit Besetzungen, Räumungen, 19 Verhaftungen, vielen Verletzten und einem Toten, die Finca El Tablero, gelegen in den Bezirken San Pedro Sacatepéquez und El Tumbador, Departement San Marcos, am 5. Januar 2001 Campesinas/os der Region übergeben worden.

Die öffentliche Übergabe der Besitzurkunde fand durch den Direktor des Landfonds, Sergio Mollinedo statt im Beisein des Provinzgouverneurs von San Marcos sowie VertreterInnen verschiedener politischer, sozialer und religiöser Organisationen. Mollinedo sagte in seiner Ansprache, daß die Mitglieder des Komitees zur Entwicklung von

El Tablero damit nun über Land zum Ackerbau verfügen; damit sei ein kleiner Punkt der Vereinbarungen im Friedensabkommen, das zwischen Regierung und Guerilla 1996 unterzeichnet wurde, erfüllt worden.

Mynor Huertas Solís, Vertreter der Landpastorale der Diözese San Marcos und Repräsentant von Bischof Alvaro Ramazzini, drückte seine Zufriedenheit über die Übergabe der Besitztitel aus und rief die neuen BesitzerInnen zu verantwortungsvoller Arbeit und Produktivität auf, damit die vereinbarten Zahlungen geleistet werden könnten. Die Finca wurde vom Staat für 3.175.000 Quetzal (umgerechnet ca. 420.000 \$) gekauft. (Der Redaktion ist leider nicht bekannt, wieviel die neuen BesitzerInnen an die Regierung zahlen

müssen.) 1995 besetzten Campesin@-Familien das Gelände der Finca El Tablero und später auch das der Finca Australia. Diese wurden mehrmals von Sicherheitskräften brutal geräumt, teilweise ohne gerichtlichen Räumungsbefehl. Einige der Räumungsbefehle konnten hingegen durch das Eingreifen internationaler Menschenrechtsorganisationen aufgehoben werden. Erst 1997 ersuchten die Departementsregierung und der Vertreter der Schlichtungsstelle für Landkonflikte (CONTIERRA) das Eingreifen des Direktors des Landfonds. Im März vergangenen Jahres begannen dann die Verhandlungen über die Kaufsumme für das umstrittene Gelände.

## Massive Bedrohungen durch Militärs in Suchitepéquez

(25.01) Das CUC, Komitee für BäuerInneneinheit, machte bekannt, dass BewohnerInnen des Weilers La Campesina, Bezirk Rio Bravo im Department Suchitepéquez seit Wochen von einer Gruppe von Militärs wiederholt bedroht und tötlich angegriffen würden, obwohl bereits Anzeige erstattet worden sei.

R. González, CUC-Koordinator, berichtete, dass ein Mitglied der Campesin@organisation für integrale Entwicklung, Diego Sofof, vorsätzlich von einem Traktor überrollt worden sei. Das Fahrzeug sei von einem Arbeiter des Militärs gefahren worden. Diego Sofof habe dadurch seine beiden Beine verloren.

Nach Angaben des CUC bedroht eine Gruppe von Soldaten der Militärzone 13-16 von Cuyotenango seit vergangenem Jahr die BewohnerInnen von La Campesina.

Das Unglück von Diego Sofof sei der vorläufige Höhepunkt der Bedrohung. Dieser befände sich noch in einem Krankenhaus der Hauptstadt und weiterhin in Lebensgefahr.

Seit Dezember halten die Soldaten die in Staatsbesitz befindliche Finca San Basilio besetzt. Diese grenzt an den Weiler La Campesina. Die Soldaten seien bereits schwer bewaffnet in den Weiler vorgedrungen, hätten das Land der Campesin@s gestürmt und ihnen die Ernte geraubt. Die Militärangehörigen hätten ausserdem den Wald des Weilers schlagen und das Holz abtransportieren lassen.

González führte weiter aus, daß das Problem begonnen habe, als die BewohnerInnen des Weilers sich an staatliche Stellen gewandt hätten, um ihr Interesse an der Finca zu bekunden.

Auch die Schlichtungsstelle für Landkonflikte (CONTIERRA) sei angerufen worden, sie habe jedoch nie eine Antwort gegeben. Der CUC fordert die Regierung zum Eingreifen auf, um das Militär zum Rückzug von der Finca zu bewegen und zur Einstellung der fortwährenden Gewalttätigkeiten gegen die Campesin@s.

Der Fall des verstümmelten Diego Sofof sei bei der Menschenrechtsbehörde des Departments Suchitepéquez und bei der Staatsanwaltschaft angezeigt worden, damit diese Ermittlungen einleiteten.

Zuvor seien bereits das Büro des Menschenrechtsbeauftragten (PDH) und MINUGUA zum Eingreifen aufgefordert worden.

## Neuer Zeuge im Mordfall Gerardi

(29.1.) Kurz vor Beginn des Prozesses zur Aufklärung des Mordes an Bischof Gerardi hat sich Hugo Enrique Izquierdo Banini als neuer Zeuge gemeldet, der Aussagen zur Verwicklung von Ex-Präsident Arzú und einigen Militärs machen will. Gleichzeitig wurde der Tod eines Mannes, der als Entlastungszeuge für den verdächtigten Priester Orantes auftreten sollte, bekannt und der zuständige Staatsanwalt erhält permanente Morddrohungen.

Banini verbrachte im vergangenen Jahr mehrere Wochen in einer Zelle mit Hauptmann Byron M. Lima Oliva, der des Mordes an Bischof Juan Gerardi beschuldigt wird, und wurde nach eigener Aussage dessen Vertrauter. Vor der 3. Strafkammer erklärte er, dass Ex-Präsident Alvaro Arzú telefonischen Kontakt mit Lima Oliva gehalten habe und dass Major Francisco Escobar Blas und Oberst Rudy Pozuelos dafür sorgten, dass Lima Oliva eine einflussreiche Stellung in dem Untersuchungsgefängnis, in dem er sich befindet, einnehmen konnte. Roy Dedet Catsprowits, ein weiterer Militär, sei zuständig dafür, eine Strategie zum Schutz von Lima Oliva zu entwickeln.

Laut Aussage von Banini habe Lima Oliva behauptet, dem Priester Mario Orantes Anweisungen gegeben zu haben, den Bischof zu erschießen.

Lima Oliva soll außerdem erzählt haben, dass mehrere Videos existieren, eins, das die Überwachung des Monseñor Gerardi dokumentiere, eins vom Tag des Verbrechens und ein weiteres von den Tagen danach „Er sagte mir sogar, daß derjenige, der ihn in dieser Nacht hat herausgehen sehen, geköpft und verstümmelt werde“. Lima Oliva habe auch behauptet, dass er durch die Schuld der Bande Valle del Sol im Gefängnis sei.

Lima Oliva hingegen bezeichnete die Aussagen von Banini als „Blödsinn“ und wies darauf hin, daß dieser Ratschläge von der Staatsanwaltschaft (MP) und vom erzbischöflichen Menschenrechtsbüro (ODHA), das Nebenklägerin ist, erhalte.

Diese Erklärungen wurden zum Ende der Beweisaufnahme bekannt. Die Anhörungen der Rechtsanwälte der Angeklagten und der Zeuginnen sind abgeschlossen, so dass jetzt das Gericht nur noch das genaue Datum des Prozeßbeginns festlegen muss.

Im Vorfeld wurden von der Staatsanwaltschaft und dem ODHA 94, von der Verteidigung 110 Zeuginnen benannt, 28 Sachverständige berufen, 6 Videos und die einzelnen Anträge geprüft. Der Staatsanwalt Leopoldo Zeissig übergab eine Liste mit 50 Namen und Nery Rodenas vom ODHA eine mit 44. Beide stimmen darin überein, den Ex-Direktor der Nationalpolizei (PNC) Ángel Conte, den Ex-Verteidigungsminister Marco Tulio Espinosa und die Militärs Francisco Escobar Blas und Rudy Pozuelos, vorzuladen.

Am 29.01. wurde Luis Carlos García Pontaza, der wegen Banküberfälle und Verwicklungen in den Mord an Gerardi angeklagt war, tot in seiner Zelle des Untersuchungsgefängnisses in der Zone 18 aufgefunden. Er starb durch einen Kopfschuss und der Direktor der Strafanstalt, Yuri Búcaro Chicas geht davon aus, dass es sich um einen Selbstmord handelte. Der Gefangene habe Eheprobleme gehabt und sei einige Tage vor dem Tod in schwere Depressionen verfallen, sagte er.

Rechtsanwalt José Toledo, der Verteidiger des Priesters Mario Orantes, der verdächtigt wird, Gerardi getötet zu haben, erklärte, García Pontaza hätte ein wichtiger Entlastungszeuge in der anstehen-

den mündlichen Verhandlung sein können. „Wir bedauern den Tod des Mannes und gehen davon aus, dass er eine wichtige Aussage zu machen gehabt hätte. Wir hatten ihn als Zeugen vorgeladen, weil er eine der ersten Personen war, die den Tatort sahen“, sagte Toledo.

Zeissig und Rodenas forderten eine umfassende Untersuchung, um festzustellen, ob es sich tatsächlich um einen Selbstmord handelte und um zu klären, wie die Waffe in das Gefängnis gelangen konnte. Leopoldo Zeissig selbst hatte bereits am 15. Januar bekannt gegeben, dass die Morddrohungen gegen ihn und die telefonischen Belästigungen zugenommen haben.